

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

12.11.1930 (No. 264)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verleger:
Karl-Friedrich-
Str. 14
Karlstraße
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährl. 35 RM, einjährl. 10 RM, Samstag 15 RM. — Anzeigengebühr: 14 RM für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

*Die Gemeindewahlen in Oldenburg

Im Freistaat Oldenburg haben am Sonntag Gemeindewahlen stattgefunden. Man hat ihnen deshalb besondere Beachtung zu schenken, weil dies außer den Hamburger Kommunalwahlen die ersten regionalen Wahlen nach dem 14. September sind, und weil man naturgemäß gespannt ist auf die Beantwortung der Frage, ob die nationalsozialistische Welle ziffernmäßig ihren Höhepunkt erreicht hat oder bereits im Abflauen begriffen ist. Selbstverständlich lassen sich aus regionalen Wahlhandlungen keine absolut sicheren Schlüsse auf Ganze ziehen — es ist möglich, daß in Oldenburg so und im Süden ganz anders gewählt wird —, aber eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht doch dafür, daß, wenn eine Partei in einem Bezirk ansehnliche Erfolge oder Mißerfolge zu verzeichnen hat, in anderen Bezirken nicht gerade das Gegenteil davon zu erwarten sein wird.

Wie ist nun das Resultat der Gemeindewahlen in Oldenburg? Genaue Ziffern über sämtliche Gemeinden liegen noch nicht vor. Und es ist deshalb die Behauptung der nationalsozialistischen Presse, daß die Nationalsozialisten die stärkste Partei bei den Gemeindewahlen in Oldenburg geworden seien, mit einiger Vorbehalt anzunehmen. Unterzieht man die hier vorliegenden Resultate einer genauen Berechnung, so ergibt sich, daß die Sozialdemokraten mit einem prozentuellen Anteil von rund 82 noch immer die stärkste Partei sind. Unmittelbar auf dem Fuß folgen ihnen aber die Nationalsozialisten mit 31 Proz. Die Kommunisten haben es auf rund 8,5 Proz. gebracht, das Zentrum auf rund 1 Proz., und die übrigen bürgerlichen Parteien haben rund 27,5 Proz. auf ihre Listen vereinigt.

Der Umschwung ist jedenfalls ganz gewaltig. In der Stadt Oldenburg selbst haben die Sozialdemokraten im Vergleich zur letzten Reichstagswahl 2256 Stimmen verloren, das sind nicht weniger als ein Drittel. In Müstingen haben sie rund 2800 Stimmen verloren, das sind circa 22 Proz. Demgegenüber haben die Nationalsozialisten im Vergleich zur letzten Reichstagswahl durchschnittlich ihre Stimmenzahl noch um 20 Proz. gesteigert. Es ist das geschähen auf Kosten der Sozialdemokraten und auch auf Kosten der übrigen bürgerlichen Parteien, die gleichfalls schwere Verluste zu beklagen haben. Ein Teil der sozialdemokratischen Wählererschaft ist anscheinend entweder gar nicht zur Wahl gegangen, oder er hat diesmal nationalsozialistisch gewählt. Und bei den Wählern der übrigen bürgerlichen Parteien wird wohl das gleiche festzustellen sein.

Das alles sind sehr ernste Anzeichen. Bisher herrschte in weiten Kreisen der politisch interessierten Öffentlichkeit der Glaube, daß der Wahlerfolg der Nationalsozialisten vom 14. September dieses Jahres eine reine Zufallserscheinung sei, und daß man ohne weiteres mit einem alsbald einsetzenden Rückgang ihrer Stimmen zu rechnen habe. Wenn alle Wahlen der nächsten Zeit so ausfallen sollten wie die in Oldenburg, so würde diese Rechnung nicht stimmen. Damit würden die schweren Probleme innerpolitischer Art, die uns zur Zeit bedrücken, ein noch ernsteres Gesicht erhalten.

Ein deutscher Vorschlag in Genf

Genf, 12. Nov. (Tel.) Graf Bernstorff hat heute dem Vorbereitenden Abrüstungsausschuß des angekündigten Vorschlags über die Offenlegung des gegenwärtigen Rüstungsstandes aller Staaten, die an der Abrüstungskonferenz teilnehmen, unterbreitet. Der Vorschlag geht davon aus, daß die Abrüstungskonferenz nur dann zu einem praktischen Ergebnis kommen kann, wenn genaue Angaben über die Rüstungen der einzelnen Länder, die eine Abrüstungskonvention schließen wollen, vorliegen. Während für die Flotten genaue und authentische Statistiken vorhanden seien, sei das bei den Landrüstungen nicht der Fall. Das militärische Jahrbuch des Völkerbundes sei unvollständig. Seine Angaben seien zum Teil dage und nicht immer zuverlässig. Aufgabe der jetzigen Tagung sei es, ein Schema für diese Statistiken auszuarbeiten.

Der Vorbereitende Abrüstungsausschuß in Genf hatte am Dienstag beschlossen, die Frage der Beschränkung des Meerematerials für die Landrüstungen erneut zu diskutieren und dabei auch die Methode der direkten Materialbeschränkung in die Diskussion einzuschließen. Der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, erklärte in der Debatte, daß eine Konvention ohne die direkte Materialbeschränkung wertlos und für Deutschland unannehmbar sei.

Steuervereinfachungsgesetz verabschiedet. Das Reichstabinet verabschiedete am Dienstagabend den Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes, das dem Reichstag unverzüglich zugehen wird.

Letzte Nachrichten

Sanierungsvorlage vor den Reichsratsausschüssen

Die Gehaltskürzung

RD. Berlin, 12. Nov. (Tel.) Die Reichsratsausschüsse begannen heute vormittag mit der zweiten Beratung der Sanierungsvorlagen, an erster Stelle des Gehaltskürzungsgesetzes. Anträge auf Vorverlegung des Termins für die Gehaltskürzung auf den 1. Januar 1931 liegen bisher noch nicht vor, doch ist nicht ausgeschlossen, daß solche Anträge noch gestellt werden, wenn die entsprechenden Bestimmungen der Vorlage zur Beratung stehen. Die große Bedeutung der heutigen Sitzung wird dadurch gekennzeichnet, daß der bayerische Ministerpräsident und Minister anderer süddeutscher Länder persönlich an der Beratung teilnehmen. Den Vorsitz hat Reichsfinanzminister Dietrich.

Haushaltsauschuß und Notverordnung

RD. Berlin, 12. Nov. (Tel.) Der Haushaltsauschuß des Reichstags tritt heute nachmittags um 3 Uhr zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Notverordnung der Regierung mit den vielen dazu vorliegenden Anträgen der Parteien.

Der Zwischenfall der „Baden“

Deutschland und das Untersuchungsergebnis

M. Berlin, 12. November (Priv.-Tel.) Nach Meldungen New-Yorker Blätter hat die brasilianische Regierung als Ergebnis der Untersuchung über die Beschlebung der „Baden“ im Hafen von Rio de Janeiro erklärt, daß die brasilianischen Behörden sich einwandfrei verhalten hätten. Dieses Ergebnis der Untersuchung durch die neue brasilianische Regierung dürfte die Reichsregierung vorentscheidende Schritte stellen. Es ist inzwischen einwandfrei festgestellt worden, daß der Kapitän der „Baden“ eine schriftliche Genehmigung zur Ausfahrt vom Hafenkommandanten erhalten hatte, und daß er ferner die deutsche Flagge gezeigt hat, als er an dem Ort vorbeifuhr. Ferner wurde festgestellt, daß entgegen dem Völkerrecht der erste Schuß ohne jede Warnung abgegeben worden ist.

Ein neuer Industrieespionageprozeß

RD. Düsseldorf, 12. Nov. (Priv.-Tel.) Vor dem hiesigen Schöffengericht begann heute ein neuer Industrieespionageprozeß. Den Angeklagten, Chemiker und Mechaniker Dr. Arthur Buntrock, früher Berlin, zuletzt in der Tschechoslowakei, jetzt in Untersuchungshaft in Düsseldorf, Chemiker Otto List aus Offenbach a. M. und Chemiker Dr. E. Jansen aus Darmstadt, wird zur Last gelegt, Fabrikationsverfahren der deutschen chemischen Industrie an das Ausland zu verraten bzw. verkauft zu haben. Bereits im Februar 1928 waren vom Schöffengericht Düsseldorf der Chemiker Guido Meißel aus Portsmouth (U.S.A.) und zwei andere Chemiker aus Deutschland wegen im Auftrage des Auslandes vorgenommener Erwerbung von Fabrikationsverfahren der deutschen chemischen Industrie bestraft worden. In dem Verfahren hatte sich ergeben, daß auch Dr. Arthur Buntrock und seine beiden heutigen Mitangeklagten, dem Chemiker Meißel, solche Fabrikationsverfahren geliefert hatten. Dr. Arthur Buntrock hatte sich aber der Einleitung eines Strafverfahrens durch Flucht nach der Tschechoslowakei entzogen. Im März d. J. wurde er an der tschechoslowakischen Grenze verhaftet.

Eine Friedensrede des Prinzen von Wales

RD. London, 12. Nov. (Tel.) Der Prinz von Wales sagte gestern abend in einer Rede anläßlich des Waffenstillstandstages: Wir wollen keinen neuen Krieg und wir müssen unser Außerstes tun, einen neuen Krieg zu vermeiden. In der Vergangenheit waren Nationen fähig, ganzen Heeren zu den Waffen zu greifen, offenbar, weil die jeweils heranwachsende Generation sich die Sünden nicht klarmachte, die sich vor ihrer Entstehung ereignet hatten. Heute ist das nicht mehr in gleichem Maße der Fall.

Tschanghüliang und Tschanghaischei

RD. Hankin, 12. Nov. (Neuter-Tel.) Tschanghüliang, der Nachbarn der Mandchurie, traf heute früh um 7.20 Uhr in Pufau ein und wurde vom Außenminister, dem Kriegsminister und dem Finanzminister empfangen. Hierauf setzten die genannten Persönlichkeiten an Bord eines Kanonenbootes nach Hankin über und begaben sich zum Wohnsitz des Generals Tschanghaischei, mit dem Tschanghüliang eine kurze Unterredung hatte.

Für Rückgabe Danzigs an Deutschland. Der Warschauer Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt zur Eröffnung der polnischen Eisenbahn von Oberschlesien nach Obingen: Die Trennung Danzigs von Deutschland ist jetzt überflüssig geworden, und es besteht kein wirklicher Grund, weshalb diese deutsche Stadt nicht an Deutschland zurückverföhrt werden sollte.

Die Niederschrift bei den Gemeindewahlen

Von Direktor Mayer (Pforzheim)

Nach Beendigung der Abstimmung beginnt für die Mitglieder der Wahlausschüsse die große Arbeit. Sie ist besonders umfangreich und verantwortungsvoll, wenn mehrere Wahlen miteinander verbunden sind. Am 16. November sind die Gemeindeverordneten, die Bezirksräte, die Kreisabgeordneten und in mittleren Gemeinden auch noch die Gemeinderäte zu wählen, und zwar in einem Wahlgang.

Es wäre alles schön und recht, wenn die Wahlberechtigten so verfahren würden, wie die Gemeindevahlordnung es vorschreibt. Also, man betritt den Wahlraum und erhält 4 Stimmzettel, einen weißen für die Gemeindeverordnetenwahl, einen weißen für die Gemeinderatswahl (die Gemeinderatswahl kommt nur in mittleren Gemeinden in Betracht), einen roten für die Bezirksratswahl und einen blauen für die Kreisabgeordnetenwahl; außerdem erhält man einen amtlichen Umschlag, in den man die 4 Zettel steckt, nachdem man auf jedem einen Abstimmungsvermerk angebracht hat. Es gibt aber auch Wähler, die es anders machen. Manche glauben, noch ein Druck- oder Schriftstück beifügen zu können, denken aber nicht daran, daß dadurch alle Stimmzettel ungültig werden, auch wenn sie richtig angekreuzt waren. Wenn sich im Umschlag noch ein Stimmzettel von einer früheren Wahl, etwa der letzten Reichstagswahl, befand, so sind die Stimmzettel für die Gemeindevahl gültig, aber auch nur dann, wenn sie richtig angekreuzt waren. Daß ein gewöhnlicher Bindfaden, den man um die 4 gekennzeichneten Stimmzettel gewickelt hat, schon zur Ungültigkeit reicht, dürften manche nicht glauben. Daß die Stimmzettel nicht mit einem Kennzeichen oder nicht mit Vermerken oder Vorbehalten versehen sein dürfen, ist wohl allgemein bekannt.

Nachfolgende Fälle sind bemerkenswert: Wenn der Wähler ein Wahlvorschlagesfeld richtig angekreuzt hat, dieses Feld des Stimmzettels ausschneidet oder ausreißt und in den Umschlag legt, so ist die Stimme ungültig. Der Stimmzettel muß ganz bleiben. Die Kennzeichnung des Stimmzettels muß stets auf der Vorderseite erfolgen. Wenn der Bleistift, der in der Abstimmungszelle sein muß, nicht mehr verwendet werden kann, darf man dem Wahlvorschlagesfeld, dem man seine Stimme geben will, nicht dadurch kennzeichnen, daß man den Zettel einreißt. Dagegen ist der Zettel gültig, wenn man mit dem abgetrochnenen Bleistift bei dem betreffenden Wahlvorschlagesfeld ein Loch durchstößt.

Das Schmerzenskind bei den verbundenen Wahlen sind aber nicht die ungültigen Stimmzettel, sondern die leeren Umschläge. Das klingt etwas eigenartig, und doch ist es so. Wenn z. B. bei der Reichstagswahl, mit der keine andere Wahl verbunden ist, der Wahlumschlag leer ist, dann ist die Stimme ungültig, und der Umschlag wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Bei der verbundenen Wahl gilt folgender Grundsatz: der Wahlumschlag gilt als leer für jede Wahl (Gemeindeverordnetenwahl, Gemeinderatswahl, Bezirksratswahl, Kreisabgeordnetenwahl), für die der Wähler keinen Stimmzettel eingelegt hat. Betrachten wir einige Beispiele:

1. Der Umschlag enthält gar keinen Stimmzettel. Dann entfällt auf jede der 4 Wahlen eine ungültige Stimme.
2. Der Wähler steckt in den Umschlag je einen gekennzeichneten Stimmzettel für die Gemeindeverordnetenwahl, die Bezirksratswahl und die Kreisabgeordnetenwahl. Im Umschlag befanden sich also 3 Stimmzettel, und doch gilt er als leer für die Gemeinderatswahl.
3. Ein anderer Wähler hat kein Interesse für die Bewerber der Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahl; er legt den roten und blauen Stimmzettel nicht in den Umschlag. Für diese beiden Wahlen sind 2 ungültige Stimmen zu buchen.
4. In einem Umschlag befindet sich nur der angekreuzte Stimmzettel für die Gemeindeverordnetenwahl. Die drei anderen Zettel fehlen; der Umschlag gilt infolgedessen als leer für die Gemeinderatswahl, die Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahl.

Es gibt noch eine Menge anderer Kombinationen, auf die hier nicht eingegangen werden soll.

Man kann sich also einen Begriff machen von der schwierigen Arbeit des Wahlausschusses, wenn der Wähler mit oder ohne Absicht anders handelt, als es die Gemeindevahlordnung vorschreibt.

Es soll deshalb an einem Beispiel veranschaulicht werden, in welcher Weise man die Zahl der leeren Umschläge — und damit die Zahl der weiteren ungültigen Stimmen für jede der 4 Wahlen — nachträglich errechnen kann, um etwaige Fehler beseitigen zu können. Nach Beendigung der Abstimmung

werden alle nicht benutzten Stimmzettel und Wahlumschläge vom Tisch des Wahlschusses entfernt. Sodann wird die Urne geleert und die Zahl der ungenutzten Umschläge genau festgestellt. Sie beträgt beispielsweise 785. Diese Zahl wird auf Seite 2 der Niederschrift und Seite 4 eingetragen, und zwar folgendermaßen:

Die Gesamtzahl der Stimmen	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.
betrug	785	785	785	785

Bei der letzten Gemeindevahl hieß es in der Niederschrift: „Die Gesamtzahl der Stimmzettel betrug . . .“ Damals brauchten die 4 Zahlen nicht gleich zu sein, jetzt müssen sie übereinstimmen, da von der Gesamtzahl der abgegebenen Umschläge ausgegangen wird.

Nachdem der Wahlschuss seine Beschlüsse über die ungültigen Stimmzettel gefasst hat, werden die festgestellten Zahlen auf Seite 3 der Niederschrift nach Vorschrift eingetragen. Beispiel:

	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.
Ungültige Stimmzettel				
zusammen	15	18	24	26
Gültige Stimmen (Stimmzettel) wurden festgestellt (Seite 14 der Niederschrift) für die				
	752	756	733	729

Um nun zu prüfen, wieviel leere Umschläge, d. h. wieviel ungültige Stimmen außer den bereits festgestellten ungültigen Stimmzetteln für die einzelnen Wahlen abgegeben worden sind, wird folgendermaßen verfahren: man zählt die Zahl der einwandfrei festgestellten gültigen Stimmzettel und ungültigen Stimmzettel zusammen, also:

	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.
Zahl der gült. Stimmzettel	752	756	733	729
Zahl der ungült. Stimmzettel	15	18	24	26

Gesamtzahl der gültigen und ungültigen Stimmzettel 767 774 757 755

Nimmt man nun die Gesamtzahl der (gültigen und ungültigen) Stimmzettel von der ebenfalls einwandfrei festgestellten Zahl der Umschläge (785) ab:

	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.
Gesamtzahl der Umschläge (Stimmen)	785	785	785	785
Gesamtzahl der (gült. u. ungült.) Stimmzettel	767	774	757	755
Unterschied	18	11	28	30

so erhält man die Zahl der leeren Umschläge, und zwar 18 für die Ö.Ö.Ö., 11 für die Ö.Ö.Ö., 28 für die Ö.Ö.Ö. und 30 für die Ö.Ö.Ö.

Da es sich hier auch um ungültige Stimmen handelt, ist es zweckmäßig, sie unter die Zahl der ungültigen Stimmzettel auf Seite 8 der Niederschrift zu schreiben und mit diesen zusammenzuzählen, also:

	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.
Ungültige Stimmzettel* zusammen	15	18	24	26
Leere Umschläge*	18	11	28	30
	33	29	52	56

Diese 4 Zahlen (Summen) sind auf Seite 4 der Niederschrift einzutragen.

	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.	Ö.Ö.Ö.
Die Gesamtzahl der Stimmen betrug	785	785	785	785
Ungültige Stimmzettel sowie außer Berücksichtigung gelassene Umschläge waren vorhanden	33	29	52	56

Die Zahl der gültigen Stimmen beträgt also 752 756 733 729

Für die künftigen Gemeindevahlen wäre eine Vereinfachung und weitere Anpassung der Gemeindevahlordnung an die Reichstimmordnung erwünscht.

* Diese Worte sind in der Niederschrift auf Seite 3, rechts unten, handschriftlich nachzutragen.

Süddeutsches Künstler-Marionetten-Theater (Gastspiel in Karlsruhe)

In erstaunlichem Sturmtempo ist Georg Deininger's Unternehmen, das in Karlsruhe einstens begann und heute leider in Stuttgart residiert, zu Deutschlands größter Marionettenbühne emporgewachsen. Aber es ist kein paradoxer Erfolg, auf den — heute nach zehnjährigem Bestehen — dies Puppentheater zurückblickt. Denn nicht nur in kleinem Lebensmaß gilt es zu bemerken, daß es sich dabei um eine kulturelle Tat handelt, also keineswegs bloß um eine obligate Angelegenheit für schulentlassene Töchter und Mädchenpensionate. Im Gegenteil: Gerade jetzt, wo vielfach im „großen“ Theater sich Natur zur Unnatur verkrampft, wo die Vokale des Lebens dort sogar das Gesund-Maße zu verunreinigen drohen, hat sich primitiv, zum Teil dem guten alten deutschen Kasperltheater nachgebildete Kleintumst vielerlei zu bedeuten, besonders wenn sie wie hier zu 80 Proz. dem Schimmer der Hoffnung dient, gerade der Jugend durch ihre Aufführungen helfen zu wollen.

Aus seinem Gesamtrepertoire gab das Institut anlässlich seines zehnjährigen Jubiläums vor geladenem Publikum am Dienstagabend im Künstlerhaus einen interessanten Querschnitt. Er war nicht ganz frei von Fehlurteilen, wollte es auch nicht sein, wenn er g. B. in einer Revue offen eingestand, daß die Figuren von Anno 1920 mit 20 Zentimeter Höhe gegenüber den neuerdings 60 Zentimeter großen und viel beweglicheren Marionetten keine Konkurrenz mehr aushalten. Aber er bezugte dafür eine innere Entwicklung, die um so angenehmer dünkt, weil sie trotz allem rein technischen Fortschritt nie das anfänglich gesuchte ideale Ziel verleugnet. Denn was in zukunftsreichem Wollen damals der Bildhauer Deininger und die beiden Maler Otto und Helmut Gierhardt erreichten, das haben sie inzwischen vielfach erreicht und mit

Die Krankenschein- und Arzneigebühr

Mildernde Ausführungsbestimmungen

Die Kritik an der Krankenscheingebühr von 50 Pf., die der Versicherte nach der Notverordnung vor der Beanspruchung der Kasse zu erlegen hat, veranlaßt das Reichsarbeitsministerium, die „bindenden Weisungen“ bekanntzugeben, die es zur Milderung dieser Vorschrift den Krankenkassen und Aufsichtsbehörden erteilt hat. Die Kasse kann bekanntlich die Gebühr auf 25 Pf. ermäßigen. In dringenden Fällen ist nach den Weisungen des Ministeriums ein Krankenschein nicht erforderlich. Er kann nachher geholt werden. Wer die Gebühr im Augenblick nicht zahlen kann, dem wird sie gestundet; bei dauernder Zahlungsunfähigkeit ist die Gebühr niederzuschlagen. Dieses Verfahren gilt insbesondere für Arbeitslose und für Kriegsbefähigte mit Zusatzrente, ferner für Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, die von ihrer Fürsorge oder Beratungsstelle eine entsprechende Bescheinigung beibringen. In der gleichen Weise wird bei der Erhebung der Gebühr für das Arzneiverordnungsblatt verfahren.

Das Reichsarbeitsministerium erklärt, bei verständiger Anwendung der Vorschrift durch die Kassen werde kein Fall von Härte vorkommen. Dem Reichsarbeitsministerium sei auch kein echter Härtefall bekannt geworden. Entgegenstehende Presseberichte hätten sich immer als unzutreffend erwiesen. Das Ministerium stellt den Klagen die Vorteile der Neuregelung gegenüber. Der Beitragssatz habe um 1 Proz. des Grundlohns gesenkt und damit der Reallohn des Arbeiters entsprechend erhöht werden können; der durchschnittliche Jahresbeitrag gehe von 110 auf 90 M. zurück. Aus der Krankenscheingebühr entsetze für den Versicherten im Durchschnitt die Jahresausgabe von 3 bis 4 M. Das Endergebnis sei also nicht eine Belastung, sondern eine Entlastung der Versicherten.

Weitgehende Forderungen der Landwirtschaft

Die Präsidenten des Reichslandbundes werden, wie sie mitteilen, dem Reichstanzler bei ihrem bevorstehenden Besuch eine Reihe radikaler Forderungen vortragen, die vom Vorstand des Bundes als „Sofort-Forderungen“ zur Rettung der Landwirtschaft bezeichnet werden.

Die Agrarier fordern, daß die laufenden Steuern von Reich und Ländern auf zunächst ein Notjahr in vollem Umfang aufgehoben werden. Rückständige Steuern sollen, soweit nicht wegen Zahlungsunfähigkeit ebenfalls ihr Erlaß geboten ist, in Form von Naturalien entrichtet werden. Die Belastungen der Landwirtschaft für Wegebauunterhaltung, vor allem alle Schulkosten, sollen für mindestens ein Notjahr vom Staate übernommen werden. Im Kreditwesen wird verlangt, daß die Kredite aller mit der öffentlichen Hand in Zusammenhang stehenden Stellen, die von den Landwirten aus laufenden Betriebsmitteln nicht zurückgezahlt werden können, zu prolongieren sind unter gleichzeitiger Zinssenkung. Die in früheren Jahren gegebenen Notstandskredite seien niederzuschlagen. Besondere Hilfsmassnahmen werden noch für die Grenzgebiete und die früher besetzt gewesen Landesteile verlangt.

Regierungskrise in Belgien

Die 5 liberalen Mitglieder des belgischen Kabinetts haben nach einer Sitzung, in der die Frage der Kumulierung der Professuren an der Genter Universität erörtert wurde, ihren Rücktritt erklärt. Daraufhin sind auch die katholischen Mitglieder des Kabinetts zurückgetreten. Bei den Liberalen handelt es sich um Außenminister Hymans, Justizminister Janssen, Kultusminister Routhier, Verkehrsminister Rippens und Postminister Fortomme. Ministerpräsident Jaspars gehört der Katholikenpartei an. Der König hat sich die Entscheidung vorbehalten.

Unter dem Druck der flämischen Kreise hatte der liberale Unterrichtsminister Routhier einen ministeriellen Erlaß veröffentlicht, in der er den Professoren der neuen flämischen Universität in Gent verboten hatte, gleichzeitig an der von französischen Elementen in derselben Stadt als Konkurrenz zur flämischen Universität errichteten französischen freien Hochschule Vorlesungen zu halten. Wegen dieses Erlaß hat der Dräffeler liberale Parteiausführer scharfen Protest eingelegt und die Zurückziehung gefordert. Routhier weigerte sich und legte sein Amt nieder. Seinem Beispiel folgten sofort die anderen liberalen Minister einschließlich des Außenministers Hymans.

Führerkreise bei drei faschistischen Konföderationen. Die Vorsitzenden der Konföderationen der Landwirtschaft, der Industrie und der freien Berufe sind — wie aus Rom gemeldet wird — zurückgetreten. Der Korporationsminister hat Tassinari, Klingner und Bodrero als außerordentliche Kommissare mit der Leitung der genannten Konföderationen betraut. Tassinari und Bodrero gehören der Abgeordnetenkammer an.

Die spanischen Wahlen. Nach einer Meldung aus Madrid hat der spanische Ministerrat beschlossen, die Kammerwahlen am 1. März und die Senatswahlen am 15. März kommenden Jahres stattfinden zu lassen.

künstlerischem Fingerspitzengefühl manches geschaffen, das auf diesem Gebiet eine Leistung ersten Ranges bedeutet. Wir nennen aus der Aenderabteilung nur die wirkungsvolle Szene aus „Der falsche Prinz“, und aus dem Abendspielplan mag als Kostprobe auf den „Dr. Johannes Faust“ — Akt verwiesen sein. Jedenfalls sollten die Gastspiele der nächsten Tage schon um ihrer erzieherischen Werte willen Anlaß für alle Eltern werden, ihre Kinder einmal zu diesen exzellenten Puppenspielen zu schicken und sie womöglich selbst dorthin zu begleiten, und auf diese Bretter, die für jedes Kinderauge eine Wunderwelt bedeuten, sollten auch die Schulbehörden ihre Zöglinge nachdrücklich aufmerksam machen. D. Sch.

Die Zürcher Technische Hochschule konnte ihr 75jähriges Bestehen feiern. Bei dem Festakt begrüßte der Rektor, Rigoldi, u. a. Vertreter Deutschlands, Österreichs und Englands. Bundesrat Mayer überbrachte die Grüße des Bundesrats. Nationalrat Sulzer, Winterthur überreichte dem Jubiläumssfonds 1 825 000 Schweizerfranken. Der Fonds soll dem Zusammenwirken von Hochschule und Praxis auf dem Gebiete wissenschaftlicher Lehre und Forschung dienen. Dazu tritt eine Spende von 150 000 Franken von den Großfirmen der Elektrobranche zur Ausgestaltung des Laboratoriums der Elektrotechnik. Auf dem nachfolgenden Bankett sprach u. a. Bundespräsident Dr. Mutsch. — Die Techn. Hochschule Zürich hat den Direktor des Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie an der Techn. Hochschule Karlsruhe, Prof. Dr. Gg. Brebig, zum Dr. der techn. Wissenschaften e. h. ernannt.

Anselma Heine †. Die Schriftstellerin Anselma Heine ist Sonntag früh in ihrer Wohnung in Berlin nach langem Leiden im Alter von 76 Jahren gestorben.

Reichskabinetts und Preissenkung

Einführung eines Aktionsausschusses

BR. Berlin, 12. Nov. (Priv.-Tel.) In der gestrigen Nachtsitzung hat das Reichskabinetts einen Ausschuss zur Förderung der Preissenkung eingesetzt. Er besteht aus dem Reichstanzler, dem Reichsfinanzminister, dem Reichsarbeitsminister und dem preussischen Handelsminister. Die Einföhrung hat den Sinn, daß die Preisentwertung mit aller Energie weiter betrieben werden soll. Das geht auch daraus hervor, daß der Reichstanzler selbst an seiner Spitze steht.

Der Ausschuss wird am morgigen Donnerstag zum ersten Mal zusammentreten, um zunächst die Möglichkeiten festzustellen, die für eine wirkungsvolle Ausdehnung der Preisentwertung gegeben sind. Er wird also untersuchen, mit welchen Organisationen verhandelt werden muß und welche Möglichkeiten der Regierung in jedem einzelnen Falle zur Verfügung stehen, um ihre Absichten auch dann durchzusetzen, wenn sich Widerstände bemerkbar machen. In politischen Kreisen wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die für die ganze politische und wirtschaftliche Entwicklung so überaus wichtige Aktion des Kabinetts auch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Propaganda unterstützt werden muß, durch die bekannt werden kann, wo die Preise billig sind, und wer sich einer Preisentwertung entgegenstellt. Diese Methode hat die englische Regierung vor einigen Jahren in einer ähnlichen Situation mit erheblichem Erfolg angewandt. Dabei ist z. B. auch der Rundfunk zur Bekanntgabe von billigen Geschäften benützt worden. Auf der anderen Seite können diese selbst die Bewegung durch deutliche Preisbekanntgabe in den Schaufenstern, Inseraten usw. unterstützen.

Dabei muß auch beachtet werden, daß eine der Voraussetzungen des Gelingens der Aktion die Milderung zur Preisentwertung ist. Wenn beispielsweise der Straßenbahnarif 25 Pf. beträgt, und eine Senkung auf 20 Pf. ausgeschlossen sein sollte, so muß die Frage geprüft werden, ob nicht eine Verbilligung des Fahrpreises auf 23 Pf. erreicht werden kann. In diesem Zusammenhang taucht natürlich auch die Möglichkeit neuer Drei- und Vierpfennigstücke wieder auf. Besondere Möglichkeiten sieht man in unterrichteten Kreisen auch in der Mitwirkung der Städte, deren Aufgabe es sein muß, den Maßnahmen, den die Reichsregierung für die Preisentwertung zieht, durch Einzelmaßnahmen auszuwählen. Es ist anzunehmen, daß sich der Ausschuss des Reichskabinetts nun in den nächsten Tagen mit allen diesen Fragen beschäftigen wird, um schon in kurzer Zeit eine härtere Aktivierung der ganzen Preisentwertungsaktion herbeizuführen.

Die Reichsregierung wird sich auch an die großen Verbraucherorganisationen wenden, um sie zu einer organisatorischen Mithilfe zu veranlassen. Das gilt in erster Linie von den großen Betrieben mit eigener Lebensmittelversorgung oder Konsumvereinen, wahrscheinlich aber auch von den Organisationen der Arbeitnehmer, die nötigenfalls ihrerseits die Nahrungsmittelversorgung bis zu einem gewissen Grad selbst in die Hand nehmen könnten.

Widerstände in Berlin

Bei der Aktion des Reichsfinanzministeriums zur Herabsetzung der Preise für Brot und Fleisch sind in Berlin nachträglich Schwierigkeiten aufgetreten, die sich aus der Tatsache ergeben, daß im Augenblick keine gesetzliche Grundlage besteht, die beteiligten gewererblichen Verbände zur Einhaltung der Vereinbarungen zu zwingen. So stellt sich nun heraus, daß zwar die Wäcker in Groß-Berlin bereit sind, den Brotpreis verabredungsgemäß unter gleichzeitiger Herabsetzung des Gewichtes von 50 auf 46 Pf. zu senken. Dagegen haben die Berliner Brotsfabriken nun erklärt, daß für sie nur eine Senkung um 2 Pf., also auf 48 Pf., möglich sei.

Ähnliche Widerstände ergeben sich bei der Herabsetzung des Fleischpreises. Auf dem Berliner Schweinemarkt ist der Preis am Dienstag früh bei einem Auftrieb von 19 000 Schweinen um 5 M. pro Zentner heruntergegangen. Da auch die vereinbarte Verminderung 5 Pf. pro Pfund ausmacht, hätte der Ladenpreis pro Pfund 10 Pf. niedriger sein müssen. Eine Senkung ist jedoch nicht eingetreten. Unter diesen Umständen will das Reichsfinanzministerium die Preisentwertung nun genau nachprüfen und möglichst die Ergebnisse veröffentlichten, um den Konsumenten die Möglichkeit zu geben, die Preisentwertung genau zu kontrollieren. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß ein solcher Druck der Öffentlichkeit die Verkäufer schließlich doch dazu bringen wird, daß sie die Vereinbarungen respektieren.

Die Preisentwertung für Kartoffeln

Die Verhandlungen über die Preisentwertung auf dem Kartoffelmarkt, die am Dienstag im Reichsfinanzministerium mit Vertretern der Produzenten, des Groß- und Kleinhandels, der Konsumvereine, Warenhäuser und der Verbraucher (u. a. war die Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins geladen) sind noch nicht abgeschlossen worden. In der Aussprache wurde von den Konsumentenvertretern besonders die Forderung begründet, vor allem die Kleinverkaufspreise (Befundverkauf) herabzusetzen. Es wurde ein kleinerer Ausschuss eingesetzt, mit dem Verhandlungen im Reichsfinanzministerium fortgesetzt werden sollen. Man hofft, heute zu einem positiven Ergebnis zu gelangen.

Bezugs erleichterung für Kali

Das deutsche Kalifundikat hat für die Belieferung der deutschen Landwirtschaft mit Kalidüngesalzen einen regionalen Frachtausgleich eingeführt. Alle Frachten zwischen 50 Kilometer Mindestfracht und 270 Kilometer Höchstfracht werden um 10 Proz. ihrer bisherigen Höhe gesenkt. Darüber hinaus tritt eine Ermäßigung je nach Entfernung bis zu 37 Prozent ein. Dieser Frachtausgleich bedeutet eine starke Entlastung für die weiter entfernten Bezücker, auch in Süddeutschland.

Der Auswärtige Ausschuss verlangt Reparationsentschuldung. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat, wie jetzt bekannt wird, einen Antrag der Wirtschaftspartei angenommen, wonach unverzüglich eine Denkschrift über alle bisher vom Deutschen Reich an die früheren Feindbundsstaaten durchgeführten Leistungen fertiggestellt und veröffentlicht werden soll, welche als Grundlage zur endgültigen Vereinigung der Reparationsfrage den Nachweis erbringt, daß das Deutsche Reich schon jetzt weit höhere Opfer für die Liquidation der Kriegsschäden gebracht hat, als ihm nach der geschichtlich feststehenden Wertlegung der dem Verfaller Vertrag zugrunde gelegten Behauptung seiner Allerschuld am Kriege billigerweise zugemutet werden könne.

Der Wahlkampf gegen die deutschen Zeitungen in Ostpreußen nimmt mit jedem Tag aggressivere Formen an. In den Gaststätten werden deutsche Zeitungen vernichtet. In den Landkreisen ist eine Zerstörung der deutschen Zeitungen fast gar nicht mehr möglich.

Aus den Ländern.

Thüringer Polizei und Reichsbanner

Das thüringische Staatsministerium veröffentlicht eine Pressemitteilung zu dem noch beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anhängigen Streitverfahren zwischen Thüringen und dem Reichsinnenministerium wegen der Zahlung der Polizeikostenzuschüsse.

Die Abstimmungen im Thüringer Landtag abermals verschoben. Im Thüringer Landtag wurden am Dienstag die Abstimmungen über den Vertrauensantrag der Nationalsozialisten und über die Auflösung des Landtages abermals verschoben, und zwar auf Freitag.

Zusammenfassung von kleinen Landkreisen in Preußen. Im preußischen Ministerium des Innern sind Vorarbeiten im Gange, um im Interesse einer Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung eine Zusammenfassung einer Reihe von kleinen Landkreisen zu größeren und leistungsfähigeren Verwaltungsbezirken zu erzielen.

Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Dienstag nachmittag von seiner Hollandfahrt zurückkehrend um 14.10 Uhr in Friedrichshafen glatt gelandet.

Das Flugschiff „Do X“ hat in Southampton 6000 Liter Benzin an Bord genommen, so daß es jetzt wieder flugklar ist.

Das deutsche Großflugzeug „G 88“ trat am Dienstag den Weiterflug von Lissabon nach Paris an, mußte aber nach sechsstündigem Flug bei starkem Sturm, dichtem Gebirgsnebel und teilweise vollkommen geschlossener Wolkendecke bei Locua, unweit von Vitoria nahe an der spanisch-französischen Grenze, landen.

Der Geschäftsführer der Wurfzfabrik Strauß, Zweigniederlassung Gildesmarode (bei Braunschweig) der Rudolf Starke & Co., ist aus der Haft entlassen worden.

Auf dem Gut des Grafen Behrin Busdorf in Pommern, auf dem bereits seit längerer Zeit nach El geböhrt wird, haben sich jetzt, wie das „B. L.“ berichtet, Stürze gezeigt.

In Liverpool ereigneten sich am Dienstag bei der Feier des Waffenstillstandes an dem Ehrenmal für die Gefallenen zahlreiche Unfälle. In dem dichten Gedränge erlitten viele Männer, Frauen und Kinder Ohnmachtsanfälle, und Dutzende von Frauen wurden mit verstaubten Füßen oder gebrochenen Rippen auf Tragbahnen davongetragen.

In dem Internationalen Reitturnier in New York wurde am Dienstag die Militär Trophäe von den deutschen Reitern gewonnen. An zweiter Stelle rangierten die Vereinigten Staaten, an dritter Ungarn, an vierter Irland.

Gemeinderundschau

Fürsorgegeschäfte des Offenburger Stadt. Außer den 200 000 M., die der Bürgerausschuß zur Arbeitsbeschaffung für Wohlfahrtszwecke genehmigt hat, wird das Fürsorgeamt die Pflicht haben, in der allgemeinen und in der gehobenen Fürsorge für den Winter zu erhöhen.

Der Bürgerausschuß Waldkirch benutzte in seiner letzten Sitzung vor den Wahlen noch 100 000 M für das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Umbenennung der Stadt Kleinlaufenburg. Der Gemeinderat hat beim badischen Innenministerium die Änderung des Namens der Stadt Kleinlaufenburg in Laufenburg (Baden) beantragt.

Der Gemeindevoranschlag in Wehr sieht an Einnahmen für 1930/31 rund 300 000 M, an Ausgaben 394 000 M vor.

Kurze Nachrichten

Weiterer Abbau der Spigengehälter. Bei der dem Reich gehörigen Vag (Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG.) und ihren Tochtergesellschaften wird eine Abjüngung der Bezüge der Direktoren und höheren Angestellten vorgenommen.

Der Berliner Schiedspruch. Der Engere Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm Stellung zu dem Spruch für die Berliner Metallindustrie.

Tariffündigung im Fischergewerbe. Die im Reichsverband des deutschen Fischergewerbes zusammengeschlossenen Fischereilandesfischerbünde haben beschlossen, soweit sie unter die Wirkungen des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe fallen, den geltenden Manteltarifvertrag mit Wirkung vom 15. Februar 1931 zu kündigen.

In einem Spionageprozeß vor dem Reichsgericht wurde der Obermusikmeister Adam vom Feldartillerieregiment 6 in Minden und seine Ehefrau zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Wegen eines tödlichen Angriffs auf den Berliner Polizeipräsidenten Jörgel wurde der 21jährige erwerbslose Anstreicher Hermann Geidrich (wegen Körperverletzung, Beleidigung und Bedrohung) zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Arbeitslosenproblem in Amerika. Dem „Daily Telegraph“ wird aus New York gemeldet: Die Behörden sind sehr beunruhigt über die Auswirkungen, welche die infolge des schlechten Geschäftsganges eingetretene Arbeitslosigkeit auf die Überhandnahme des Verbrechertums hat.

Die neue brasilianische Regierung hat aus Ersparnisgründen auf die Dienste der amerikanischen Marinemission und der französischen Militärmission verzichtet.

Badischer Teil

Redeverbot gegen Münchmeyer

Das gegen den Nationalsozialisten Münchmeyer auf Grund des § 30 des Badischen Polizeistrafgesetzbuches ausgesprochene Redeverbot ist in einem Fall dadurch zu umgehen versucht worden, daß im Anschluß an eine öffentliche nationalsozialistische Versammlung in einem öffentlichen Lokal eine Mitgliederversammlung veranstaltet wurde.

Zu den badischen Gemeindevahlen

Die bisherige Zusammensetzung der Bürgerausschüsse (ohne Stadträte und Bürgermeister)

- Bonndorf: 36 Mandate; Zentr. 16, Wirtsch. Interesseng. 11, Sozdem. 5, Landbund 4.
Dreisbach: 48 Mandate; Zentr. 10, Dem. 10, Mittelstandsorg. 10, Sozdem. 7, Freie Ver. 6, Bürgerl. Ver. 5.
Dinglingen bei Lahr: 48 Mandate; Wirtsch. Bürg. Ver. 16, Bürgerp. 12, Christl. Bürgerl. Ver. 9, Gemeindefortschritt (Sozdem. und Zentr.) 7, Komm. 4.
Donauweisingen: 60 Mandate; Zentr. 23, Sozdem. 16, Dem. 15, Gemeindefortschritt (D. Nat. und D.Vp.) 6.
Emmendingen: 60 Mandate; Sozdem. 21, Zentr. 12, D.Vp. 11, Dem. 11, D. Nat. 3, Komm. 2.
Endingen a. R.: 48 Mandate; Zentr. 15, Bürgerverein 14, Sozdem. 14, Mittelstand 5.
Freiburg i. Br.: 84 Mandate; Zentr. 29, Sozdem. 20, Wirtsch. P. 14, Gemeindefortschritt (D. Nat. u. D.Vp.) 10, Geschäftsdigte 5, Dem. 4, Komm. 2.
Friesenheim: 48 Mandate; Zentr. 20, Dem. 10, Ver. Bürgerl. 10, Liberale 5, Sozdem. 3.
Furtwangen: 60 Mandate; Zentr. 28, Sozdem. 15, Gemeindefortschritt (Dem. u. D.Vp.) 10, Komm. 7.
St. Georgen bei Freiburg: 44 Mandate; Bürgerl. 20, Sozdem. 15.
St. Georgen i. Schw.: 60 Mandate; Bürgerl. Ver. 38, Sozdem. 20, Zentr. 7.
Haslach i. R.: 48 Mandate; Zentr. 23, Fortschritt. Wählgen. 14, Sozdem. 7, Komm. 4.
Heidelberg: 84 Mandate; Sozdem. 21, Ver. Bürgerl. Gruppen 18, Zentr. 13, Komm. 10, D.Vp. 9, Dem. 9, Aufw. P. 4.
Heitersheim: 36 Mandate; Zentr. 18, Dem. 11, Sozdem. 6, D.Vp. 1.
Karlsruhe: 84 Mandate; Sozdem. 24, Zentr. 19, D.Vp. 12, D. R. 9, Komm. 6, Dem. 5, Aufw. P. 5, Wirtschaffl. Ver. 3, Kol. WirtschGruppe 1.
Kehl: 60 Mandate; Wirtsch. Arbeitsgem. 17, Sozdem. 14, Dem. 7, Wirtsch. Ver. 6, Komm. 5, Zentr. 4, Ver. Sundheimer Bürger 4, Wirtsch. ArbGem. Sundh. 8.
Keningingen: 48 Mandate; Zentr. 23, Dem. 10, BürgerVer. 9, Sozdem. 6.
Konstanz: 84 Mandate; Zentr. 33, Sozdem. 14, Komm. 11, Dem. 10, Wirtsch. Ver. 8, D. Nat. 4, D.Vp. 3, Deutschvölk. Freiheitbew. 1.
Lörzach: 72 Mandate; Komm. 18, Zentr. 14, Grund- u. Hausbes. 13, Gemeindefortschritt (D. Nat. u. D.Vp.) 10, Sozdem. 10, Dem. 6, Deutschvölk. Freiheitbew. 1.
Mannheim: 84 Mandate; Sozdem. 28, Zentr. 14, Komm. 18, D.Vp. 12, Dem. 6, Wirtsch. P. 5, D. Nat. 2, Aufw. P. 2, Unabh. Sozdem. 1, EhrSoz. Reichsp. 1.
Mühlheim: 48 Mandate; Bürgerl. Wählver. 30, Zentr. 9, Sozdem. 9.

- Neuenburg: 36 Mandate; Zentr. 19, Freie Wählver. 12, Sozdem. 5.
Neustadt i. Schw.: 60 Mandate; Zentr. 28, Bürgerl. Wählver. 16, Sozdem. 15, Komm. 1.
Offenburg: 72 Mandate; Zentr. 28, Sozdem. 11, Wählver. 11, Dem. 10, D. Nat. 5, D.Vp. 4, Komm. 3.
Raboldzell: 60 Mandate; Zentr. 27, Sozdem. 10, Dem. 9, D.Vp. 9, Komm. 3, D. Nat. 1, Deutschvölk. Freiheitbew. 1.
Schopfheim: 60 Mandate; Sozdem. 21, Bürgerver. 19, Freie Mittelstandsver. 9, Zentr. 7, Komm. 4.
Schweigen: 60 Mandate; BürgerVer. (D. Nat., D.Vp., Wirtsch. P. und Dem.) 22, Zentr. 12, Wählver. 10, Sozdem. 10, Komm. 6.
Schönau i. B.: 36 Mandate; Gemeindefortschritt (Zentr., Dem. u. Christl. Arb.) 22, Mittelstandsver. 9, Sozdem. 5.
Staufen: 48 Mandate; Zentr. 16, Dem. 14, Parteilos 7, Gemeindefortschritt (D. Nat. und D.Vp.) 6, Sozdem. 5.
Tiengen b. Waldshut: 48 Mandate; Zentr. 18, Mittelstand und Dem. 15, Komm. 9, Sozdem. 6.
Triberg: 60 Mandate; Zentr. 21, Sozdem. 15, Ver. für überparteil. Gemeindep. 15, Dem. 9.
Villingen: 72 Mandate; Zentr. 27, MittelstandsVer. 13, Sozdem. 13, Komm. 8.
Waldshut: 60 Mandate; Zentr. 20, Sozdem. 15, Bürgerl. Arbeitsgem. 11, Dem. 9, Komm. 5.
Weil a. Rh.: 60 Mandate; Sozdem. 22, Zentr. 9, Dem. 8, Landbündler 8, Komm. 7, D. Nat. 6.
Wolfach i. R.: 48 Mandate; Zentr. 24, Sozdem. 11, Freie BürgerVer. 8, RechtsP. 3, Dem. 2.
Zell i. B.: 48 Mandate; Zentr. 19, MittelstandVer. 13, Sozdem. 12, Komm. 4.

Lohnkonflikt in der Rheinschiffahrt

Die Verhandlungen der Rheinschiffahrt (Arbeitgebergruppe) mit den Gewerkschaften über eine Neuregelung des Lohn- und Gehaltsstarifes sind am Dienstag, wie aus Duisburg gemeldet wird, endgültig gescheitert.

Die Schwarzwalddrohstraße

Hundseck-Unterstratt

Am Samstag fand — wie aus Wühl berichtet wird — die feierliche Übergabe des letzten Teilstücks der Schwarzwalddrohstraße zwischen Hundseck und Unterstratt an die Kreisverwaltung in feierlicher Form im Beisein einer großen Zahl geladener Gäste statt.

Aus der badischen Industrie

Weiterführung oder Stilllegung der Bandfabrik Säckingen? Am Montag hielt die Belegschaft der Bandfabrik Säckingen eine Versammlung ab, um zur Frage der Stilllegung bzw. der Übertragung der Fabrik auf das neue Konsortium Stellung zu nehmen.

Tagungen

Behördenangestelltentagung in Karlsruhe. Am Sonntag fand in Karlsruhe eine Tagung der Gaufachgruppe Behörden und öffentlich-rechtliche Betriebe im G.M. statt.

Waldbesitzertagung in Hausach. Kürzlich fand in Hausach eine vom Badischen Waldbesitzerverband einberufene Waldbesitzerversammlung statt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with 5 columns: City, 12. November (Gold, Brief), 11. November (Gold, Brief). Rows include Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, Prag.

Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 gleich 100) stellt sich für die Woche vom 8. bis 8. November 1930 auf 94,4 gegenüber 95,7 in der Vorwoche.

Für Ermäßigung der Postgebühren. Dem Reichsverband der deutschen Industrie sind in letzter Zeit zahlreiche Schreiben zugegangen, in denen die Notwendigkeit einer Senkung der Postgebühren hervorgehoben wird.

Aus der Landeshauptstadt Der Marzeller Mord vor dem Schwurgericht

Unter großem Andrang des Publikums begann am heutigen Mittwochnachmittag vor dem Karlsruher Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Rudmann der Prozeß gegen den 23 Jahre alten ledigen Kaufmann Franz Schneider aus Marzell wegen Mordes.

Der Angeklagte gab zunächst ein Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse seines Vaterhauses. Sein Vater besaß bereits vor dem Kriege im Holzbadtal ein Sägewerk, das im Jahre 1923 abbrannte. 1924 wurde ein neues Sägewerk aufgebaut. Außerdem besaß der Vater noch ein Doppelwohnhaus in Marzell und die Marzeller Mühle. Diese brannte im Jahre 1928 ab; die Ursache konnte niemals festgestellt werden. Wohl wurden damals der Angeklagte und sein Vater verhaftet, aber bereits nach eintägiger Haft wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Vermögen war in der Inflationszeit verloren gegangen. Das neue Sägewerk mußte 1926 wegen der Übernahme einer Bürgschaft in Konkurs gehen. Es kam zu einem Zwangsvergleich von 20 Proz. Die Bürgschaft übernahm darauf ein Onkel des Angeklagten, der Bürgermeister Schneider von Gaggenau. Dem später die Mühle, das Sägewerk und einige Grundstücke zugesprochen wurden. Der Angeklagte ist vorbestraft und zwar wegen Beleidigung mit 10 Tagen Gefängnis. Im Jahre 1927 war ferner gegen Franz Schneider ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineid eingeleitet worden, das ebenso, wie ein Verfahren wegen Falschbeides mangels Beweises später eingestellt wurde. Zur Zeit schwebt noch ein Verfahren wegen Anstiftung zum Meineid. Strafantrag hat in diesem Falle der Bruder Otto Schneider gestellt.

Nach der Anklage hat der Angeklagte am Sonntag, den 2. Dezember 1929, abends nach 7 Uhr, auf der Kreisstraße nach Langenalb dem 46 Jahre alten verheirateten Fischhändler Karl Braun aus Marzell aufgelauert und diesen auf nahe Entfernung erschossen. Während der Verletzung im Todeskampf auf der Straße lag, habe der Angeklagte ihn mit einem schweren Gegenstand den Schädel eingeschlagen und mit einem Messer zahlreiche Stiche beigebracht. Dann habe er ihn die Masenböschung hinuntergezogen und die Leiche in den Zulauffanal der Fischerei gestoßen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Angeklagte sich schuldig bekenne, antwortete dieser: „Ich habe die Tat nicht begangen, ich bin unschuldig.“

Braun war 1922 in Marzell zugezogen und betrieb dort eine sehr gut gehende Forellenzucht. Er lebte in geordneten Verhältnissen. Der Angeklagte schildert die Differenzen seines Vaters mit Braun, die vom Van der Wasserkraftanlage für das Sägewerk herrührten. Über den Verdacht des Fischdiebstahls befragt, erklärt Schneider auf das Bestimmteste, daß er nie auch nur eine einzige Forelle gefangen habe. Wohl aber sei ihm bekannt gewesen, daß verschiedene andere Personen gefischt hätten.

Eine Beleidigungsklage Ludendorffs. Vor dem Einzelrichter in Karlsruhe wurde am Dienstag eine Privatklage des Generals der Infanterie a. D. Ludendorff in München behandelt, die sich gegen den Hauptschriftleiter Geistl. Rat Dr. E. H. Meyer und den für die Politik verantwortlichen Schriftleiter Dr. Müller-Reif, beide vom „Badischen Beobachter“, richtet. In diesem Blatte war am 22. Februar d. J. ein Artikel erschienen, der einen Auszug aus der Tannenbergs-Bund-Schrift brachte, worin Bezug genommen war auf den Münchener Richter vom 9. November 1923. Es hieß dort u. a.: „Ludendorff stellte sich ihm (Hitler) selbstlos zur Seite.“ In Klammer war seitens der Schriftleitung die Bemerkung angefügt worden: „und legte sich ihm, als es schön, zur Seite.“ Darin erblickte der Privatkläger den Vorwurf der Feindschaft. Das Urteil lautete gegen beide Beklagte auf je 300 M Geldstrafe, eventuell 30 Tage Gefängnis und Veröffentlichung des Urteils. — In einem zweiten Prozeß handelte es sich um eine Beleidigungsklage des Gauleiters der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und Schriftstellers Robert Wagner gegen den Schriftleiter Dr. Müller-Reif. Dieser hatte in der Nr. 93 des „Badischen Beobachters“ vom 4. April 1930 einen Auszug aus der Broschüre des früheren nationalsozialistischen Agitators Friedrich übernommen, worin u. a. gesagt wurde: „Wagner rügt ehrliche Parteigenossen, die nicht alles sehen wollen, was mit Anstand und Ehrlichkeit in Widerspruch steht.“ Durch diese Behauptung und ihre Wiederholung fühlte sich Wagner in seiner persönlichen Ehre verletzt. Der Beklagte machte geltend, daß er zur Zeit der Veröffentlichung keinen Grund hatte, an der Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit Friedrichs zu zweifeln. Heute sei er allerdings anderer Meinung. Der Privatkläger stellte fest, daß es sich bei Friedrich um einen „geistkranken Quasulant“ handelt, gegen den verschiedene Maßbefehle laufen. Er befindet sich heute im Elß. Der Einzelrichter kam zur Verurteilung des Dr. Müller-Reif zu 200 M Geldstrafe, eventuell 20 Tagen Gefängnis, sowie Veröffentlichung des Urteils. — Hauptschriftleiter Dr. E. H. Meyer und Schriftleiter Dr. Müller-Reif werden gegen die beiden Urteile Berufung einlegen.

Kruzifix aus der Kirche gestohlen. Aus der katholischen Kirche in Borort Weierheim wurde ein aus dem 16. Jahrhundert stammendes Kruzifix gestohlen. Der Täter ist unbekannt.

Badisches Landestheater. Für Dienstag, den 25. November, steht ein Gesamtspiel von höchstem künstlerischem Interesse bevor: Eine japanische Truppe von Schauspielern, Tänzerinnen, Mimik und Sängern, gruppiert um den berühmten Tokyoter Schauspieler Tokujiro Kufuji, der schon in New York, London und Paris Triumphe gefeiert hat, bringt uns Dramen und choreographische Darbietungen aus dem traditionellen Repertoire des Theaters Kabuki. Diese Darbietungen werden auch uns neue Offenbarungen bringen. Die Eigenart des japanischen Theaters, das seine Motive aus der Zeit der Feudalherrschaft schöpft, die pittoreske und elegante Inszenierung, die Länge und die Schwere der Kämpfe sind wohl geeignet, auch unser Karlsruher Publikum mitzureizen.

Vortrag Kaplan Fehsel. Kaplan Fehsel, der bekannte Vortragredner, hat diesmal ein besonders interessantes Thema gewählt, „Konnersreuth“ und das Wesen der christlichen Mystik, das die Menschen aller Weltanschauungskreise beschäftigt. Der Vortrag, den er erst kürzlich in mehreren Städten gehalten hat, wurde mit außerordentlichem Interesse aufgenommen. Der nächste Vortrag findet am Freitag, den 14. November 1930, abends 8 Uhr im Eintracht-Saal statt. Karten bei Musikalienhandlung und Konzertdirektion Fritz Müller, Kaiser-, Ede-Waldstraße, sowie bei der Herderschen Buchhandlung, Ede Herren- und Erbprinzenstraße.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. In der Südseite einer großen Zirkone, die inzwischen über Norddeutschland angelangt ist, hat sich Kaltluft über Mitteleuropa ausgebreitet und auch unser Gebiet Abkühlung gebracht. Gleichzeitig ist der Luftdruck wieder kräftig gestiegen, so daß das westeuropäische Hoch bereits weiter nach Osten vorgezogen ist. Im Grenzgebiet zwischen dem Hoch und dem nordöstlichen Tief ziehen gegenwärtig mit der Kaltluft auch einige Nebenschichten vorüber, die uns gelegentliche Trübung bringen. Im allgemeinen herrscht aber bereits der heitere Witterungscharakter vor. Voraussage: Zeitweise heiter, vorwiegend trocken und kühl bei Luftzufuhr aus Nordwest, im Auflarungsgebiete Nachfröht.

Wasserstände: Balbschut 325—6, Basel 139—15, Schutterinsel 207—8, Rehl 358—11, Ragau 564—22, Mannheim 523—21, Raab über 2 Meter.

Der Fürsorgeaufwand der Stadt Forstheim ist als Folge der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit im verflochtenen Sommerhalbjahr erheblich gestiegen. Die Ausgaben in allen Zweigen der öffentlichen Fürsorge beliefen sich in den ersten sechs Monaten des Rechnungsjahres 1930 auf insgesamt 1 208 000 M gegenüber 915 000 M in den ersten 6 Monaten 1929. Der im Voranschlag 1930 für das erste Halbjahr vorgesehene Betrag wurde bereits um 142 000 M, d. i. um 18,3 v. H. überschritten. Eine weit erheblichere Überschreitung ist für das kommende Winterhalbjahr zu erwarten, da die Steigerung der Neuzugänge beim Fürsorgeamt von Monat zu Monat anhält. Die Arbeitsbeschaffung hat sich die Stadtverwaltung in den Grenzen des Möglichen angelegen sein lassen. Im Sommer haben die städtischen Kollegien für ein besonderes Arbeitsbeschaffungsprogramm 500 000 M, daneben für eine Reihe von Arbeiten weitere 415 000 M bewilligt. Ein neues Programm, das u. a. Straßen- und Kanalherstellungen, sowie Friedhofverweiterungen vorzieht und über 400 000 M erfordert, liegt abgeschlossen vor.

Notfschule für Erwerbslose in Mannheim. Nicht minder folgenschwer als die materielle Not ist die geistige und seelische Not der leider noch stetig wachsenden Zahl von Menschen, die ohne geregelte Beschäftigung zur Arbeitslosigkeit

berurteilt sind. Die Stadtverwaltung Mannheim hat sich daher entschlossen, den Versuch zu machen, ihr durch die Gründung einer Notfschule für Erwerbslose wenigstens teilweise entgegenzuarbeiten. Dadurch soll vor allem den jugendlichen Erwerbslosen eine Gelegenheit gegeben werden, während der ihnen aufgezwungenen Untätigkeit auf den verschiedensten Gebieten ihre Kenntnisse und ihr Wissen zu erweitern. Der Verwaltungsausschuß des Stadtrats hat beschlossen, beim Stadtrat die Bereitstellung von 10 000 M zur Schaffung dieser Notfschule zu beantragen. Den Beratungen lag eine vom Leiter der Mannheimer Volkshochschule, Privatdozenten Dr. Gypstein, ausgearbeitete Denkschrift zu Grunde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Mannheim, 11. Nov. Der 80jährige Privatbankier Lazarus gen. Ludwig Marx von hier war durch das leichtfertige Leben seines Sohnes, der in Berlin eine Filiale führte, in Schwierigkeiten gekommen, die zum Bankrott führten. Der Sohn, der nach Paris flüchtete, hatte seinen ihm gegenüber schwachen Vater zur Hergabe übermäßig hoher Zuschüsse verleitet, so daß dieser bankrott wurde und nun noch wegen Unterschlagung von Depotpapieren sich zu verantworten hatte. Das Gericht sprach 8 Monate Gefängnis aus. Strafmildernd war das hohe Alter des Angeklagten.

Bad. Mannheim, 12. Nov. Gestern wurde die erste Mädchenberufsschule Süddeutschlands in Mannheim mit einem kleinen Festakt ihrer Bestimmung übergeben. Ein moderner Zweidau ist erstanden mit Gesamtkosten in Höhe von 1 700 000 M. In der Schule können in einer Woche 120 Klassen mit einer Gesamtschülerinnenzahl von 2800 unterrichtet werden.

Bad. Mannheim, 12. Nov. Die Mannheimer Bäckereinnung hat beschlossen, ab 13. November den Brotpreis um 1 Pf je Pfund zu senken. Es wurde ausdrücklich betont, daß die Ermäßigung nur erfolgen könne in der Hoffnung, daß weitere Mehlpfeizergerungen unterbleiben und das Gewerbe nicht mit weiteren steuerlichen und sonstigen Belastungen bedacht wird.

* Freiburg, 11. Nov. Heute feiert Frau Witwe Engler, die Mutter Dr. Englers, Präsidenten des Landesarbeitsamtes Hessen in Frankfurt a. M., im Kreise ihrer Kinder und Enkel den 90. Geburtstag. Sie lebt in dem stillen Dorf Weisweil am Kaiserstuhl. 1840 als Tochter eines kleinen Landwirts in Hagenberg bei Steinen geboren, ist sie also Wiesentalerin. Ihr Mann arbeitete als Leineweber und bei der Familie war Not und Sorge ständiger Gast. Acht Kinder hehrbergte nach und nach das kleine Weberhäuschen. Zwei Söhne starben an Krankheiten, die sie sich im Weltkriege geholt hatten.

Bad. Balbschut, 11. Nov. Das Schwurgericht Balbschut verurteilte heute den 42 Jahre alten Seidenweber Alfred Dreher nach dem Antrag des Staatsanwalts zum Tode wegen vorsätzlichen und mit Überlegung ausgeführten Mordes an seiner Frau Ida Dreher unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit, die Müller zu 5 Jahren Zuchthaus wegen Beihilfe unter Aberkennung der Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren.

Bad. Aßlingen (Amt Balbschut), 12. Nov. Der geheimnisvolle Brandstifter von Aßlingen, der seit einem halben Jahre hier am Werk ist und besonders in der letzten Zeit eine harte Tätigkeit entfaltet, hat gestern abend seinen zehnten Brand gelegt. Diesmal hatte er sich das der badischen Forstverwaltung gehörende Wohn- und Ökonomiegebäude, das der Forstsekretär Niesle mit seiner Familie bewohnt, ausgesucht. Um 10 Uhr abends ertönte Generalalarm und die aus dem Schreien nicht mehr herauskommende Bevölkerung, die trotz regelmäßiger Nachtwachen und Dorfkontrollen dem geheimnisvollen Brandstifter das Handwerk noch nicht legen konnte, eilte zur Rettung des brennenden Anwesens herbei. Dieses brannte bis auf den Grund nieder in so schneller Zeit, daß es kaum gelang, das Vieh zu retten.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Die abgeforderte Gemartung Mittelberg.
Die zwischen dem Eigentümer der abgeforderten Gemartung Mittelberg und der Gemeinde Freiolsheim abgeschlossene Vereinbarung über die Vereinigung der abgeforderten Gemartung Mittelberg mit der Gemeinde Freiolsheim wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 genehmigt.
Karlsruhe, den 11. November 1930.
Der Minister des Innern:
J. Witte mann.

Eintracht-Saal
Freitag, 14. Nov. 1930, 20 Uhr
Einmaliger Vortrag
Kaplan
FAHSEL
spricht über
„Konnersreuth“ u. das Wesen der christl. Mystik
Karten zu RM. 1,—, 1,50, 2,—, 2,50, 3,— und 4,— bei Musikalienhandlung und Konzertdirektion Fritz Müller, Kaiser-, Ecke Waldstr., und Herdersche Buchhandlung, Ecke Herren- und Erbprinzenstraße. K. 726

ERICH IBEN
BAUMSCHULEN
AM REICHSBAHNHOF
TELEFON 291 ETLINGEN
Qualitätsware
Obstbäume, Beerenobst, Coniferen, Gehölze, Alleebäume, Schlinger, Heckensträucher, Rosen u. Stauden
Ermäßigte Preise! 2, 71 4

N. 45. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma W. F. Weisser, Inhaber Karl Kempfer in Karlsruhe, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung

gensünde und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigeranspruchsmittelglieder, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters und zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung Schlusstermin bestimmt auf Freitag, den 5. Dezember 1930, vormittags 11 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, zweiter Stock, Zimmer Nr. 150. Karlsruhe, den 6. November 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 4.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 13. Nov. 1930
* D. S. (Donnerstagnacht)
Tg.-Gem. 1—100 u. 301—400
Die Rekrutierung oder die Liebesprobe
Ballettverfälschung von Mozart
Choreographie: Fürstenauf
Dirigent: Schwarz
Mitwirkende:
Fürstenauf, J. Gröhinger, Hammel, Kuhlmann, Ladner, Widutta, Wurf, v. Hoff, G. Krienscher, Lindemann, Wolf

Hierauf:
Josephslegende
Dramatische Langhandlung von N. Strauß
Choreographie: Fürstenauf
Dirigent: Schwarz
Mitwirkende:
Fürstenauf, Goppach, Kuhlmann, Ladner, Krüger, Kommunale Landesbanken, Das ganze Ballett, Fachschule, Kinderballettschule, Hoftheaterakademie
Anfang 19 1/2, Ende geg. 21 1/2, Preise B (0,80—6 RM)
Fr. 14. 11. Die Nibelungen. III. Abteilung.
Sa. 15. 11. Die Nibelungen und der Eintänger.
So. 16. 11. Tannhäuser.
Im Konzerthaus: Meine Schwester und ich, No. 17. 11. Die Nibelungen. III. Abtlg.
Vorankündigung:
Die 25. 11. Gastspiel des Japanischen Theaters
PORPHYRWERK DOSENHEIM
HANS VATTER
DOSENHEIM A. D. BRUNNEN
LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES
STRASSENBAU-MATERIAL

Gemeinde-Sparkasse Odenheim
Geschäftsbericht per 31. Dezember 1929

Vermögen	RM	Schulden	RM
Kassenborrat	5 013,11	Spareinlagen	274 710,29
Kommunale Landesbanken	17 540,03	Giroeinlagen	10 024,58
Wechsel	4 101,70	Kontoforrenteinlagen	9 080,34
Hoftheater	1 104,75	Aufwertungs-spareinlagen	192 213,90
Forderung in lfd. Rechnung	181 676,30	Reingewinn 1929	6 801,60
Hypothekendarlehen	71 422,67		
Bürgschaftsdarlehen	54 640,08		
Aufwertungs-forderungen	187 530,23		
Zinsrückstände:			
1. Laufende Zinsen	5 829,24		
2. Aufwertungs-zinsen	18 134,30		
Gerätschaften	838,30		
	492 830,71		492 830,71

Berechnung der Rücklage:
Die Rücklage hat zu betragen:
5% aus der Summe der Guthaben der Einleger = 13 735,50 RM
Die Rücklage beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 6 801,90 RM
Mithin weniger = 6 933,60 RM
R. 37
Odenheim, den 5. November 1930.
Der Verwaltungsrat: gez. Vogel.
Der Geschäftsführer: gez. Helming.

Inserieren bringt Gewinn!